

# Kommunismus und Antikommunismus in Südostasien

## - Einige Gedanken zum Themenschwerpunkt

"Ein Gespenst geht um in ... Ostasien - das Gespenst des Kommunismus. Alle imperialistischen Mächte der Nachkriegszeit haben sich an einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet; Franzosen, Engländer, Holländer und Nordamerikaner." So könnte man frei nach Marx die ersten beiden Sätze des Kommunistischen Manifestes auf die Nachkriegsentwicklung in Ostasien anwenden.

Dieses Gespenst hatte allerdings mit Kriegsende schon sehr reale, organisatorische Formen als kommunistische Parteien angenommen. Unter ihnen ist sicher die bedeutendste und bei uns bekannteste die Kommunistische Partei Chinas - KPCh -, die als erste kommunistische Partei eines Landes der heutigen sogenannten "3. Welt" die politische Macht 1949 im Land übernommen hatte.

Weniger bekannt dagegen sind die kommunistischen und sozialistischen Kräfte der Kriegs- und Nachkriegszeit Südasiens. Sie waren im anti-japanischen Krieg in Indochina, Burma, Malaya und den Philippinen die stärksten und am besten organisierten Kräfte des nationalen Widerstandes gegen die japanische Besetzung. Unmittelbar nach dem Abzug der Japaner 1945 und vor der Rückkehr der alten, jeweiligen Kolonialherren bildeten sie meist die stärkste politische Kraft in den Ländern.

In Vietnam waren es die kommunistischen Viet Minh, denen es im Bündnis zusammen mit anderen nationalen Kräften gelang, eine nationale Regierung zu bilden und 1946 die Unabhängigkeit von den französischen Kolonialherren zu erklären. Um ihre Unabhängigkeit zu behalten, mußten sie sich in einem blutigen Befreiungskampf gegen die Franzosen in den darauf folgenden Jahren noch behaupten.

In Burma waren es junge sozialistische und kommunistische Intellektuelle, die nach anfänglicher Kooperation mit den Japanern eine anti-faschistische Volks- und Freiheitsliga gründeten. Sie trugen im

Guerillakrieg gegen die japanischen Streikräfte erheblich dazu bei, daß es den alliierten britischen und indischen Armeen schließlich gelang, die Japaner zu vertreiben.

Auf der malaiischen Halbinsel hatte die bereits 1930 gegründete kommunistische Partei Malayas eine malaiische anti-japanische Volksarmee aufgebaut und bekämpfte die japanischen Besatzer in einem zermürbenden Guerillakrieg. Unmittelbar nach Kriegsende entstanden lokale Volkskomitees unter Führung der KP, die für einen Monat die staatliche Gewalt ausübten, bis die britischen Kolonialherren wieder zurückgekehrt waren.

Auf den Philippinen spielten ebenfalls unter den starken anti-japanischen Guerillas - den HUKs - Kommunisten und Sozialisten führende und entscheidende Rollen. Sie haben z.B. praktisch die Vertreibung der Japaner aus Manila vorbereitet, so daß die US-Streitkräfte es nur noch zu übernehmen brauchten.

Im größten Land Südasiens, Indonesien, hingegen hatten die Kommunisten der PKI nur wenig Einfluß auf die unmittelbare Nachkriegsentwicklung und den Kampf um die Unabhängigkeit von der alten Kolonialmacht Holland. Sie wurde bereits 1920 gegründet und ist damit die älteste kommunistische Partei Ostasiens. Allerdings erlitt sie zwischen 1925-27 so schwere Niederlagen durch Verbote und Bekämpfung von Seiten der Kolonialregierung, daß sie politisch praktisch bedeutungslos blieb. Erst 1945 wurde sie reorganisiert und sollte mit Anfang der 50er Jahre zunehmend an politischem Einfluß auf die Innen- wie Außenpolitik Indonesiens gewinnen und sich Mitte der 60er Jahre zur mitgliederstärksten KP Asiens außerhalb der VR China entwickeln.

### Containment Politik der USA

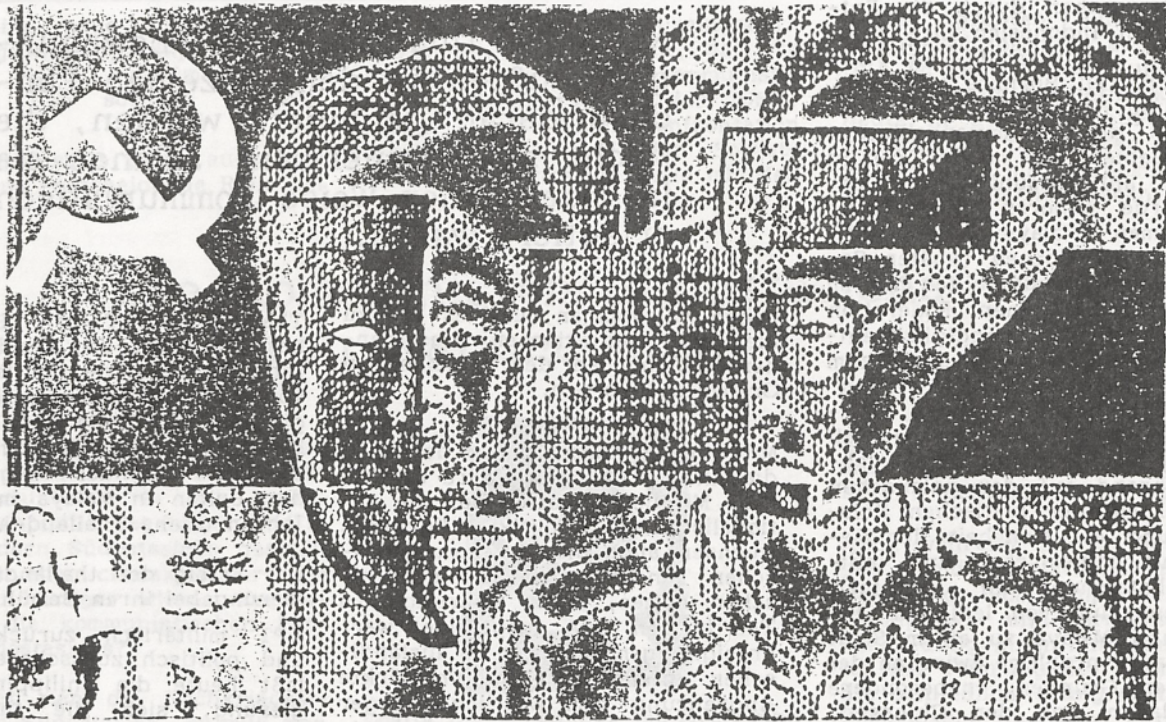
Für die alten, vom Krieg geschwächten Kolonialmächte wie aber auch den zur ersten Weltmacht aufgestiegenen USA wurde dieses sich

rapide verbreitende "Gespenst" des Kommunismus zum größten Hindernis der (Wieder-)Herstellung ihres Machteinflusses. So bestimmte nicht nur in Westeuropa und insbesondere in (West-)Deutschland der Antikommunismus seitens der Westmächte die Innen- wie Außenpolitik, sondern auch in Ostasien.

Jede von sozialistischen und kommunistischen Kräften dominierte oder beeinflusste Bewegung, die für nationale Unabhängigkeit kämpfte, wurde als Bedrohung angesehen und mußte bekämpft werden. In der ersten Zeit war es lediglich ein Problem der Art und Weise der "Entlassung" in die Unabhängigkeit, d.h. welchen gesellschaftlichen Kräften die Staatsgewalt übertragen werden sollte, ohne daß dabei die Interessen der alten Kolonialmächte vernachlässigt und auch den USA die Türen geöffnet würden.

Die Gründung der VR China unter der Führung der KPCh 1949 mit dem vorangegangenen Bürgerkrieg, der Befreiungskrieg der Vietnamesen gegen die französischen Kolonialherren und der Koreakrieg 1950 schafften aber zusätzliche Bedingungen, die den Anti-Kommunismus auch zum außenpolitischen Hauptmotiv der USA und ihrer Verbündeten in Ostasien werden ließ. Die Politik der Eindämmung (Containment) der sozialistischen Länder betraf somit nicht mehr nur die Sowjetunion und deren Verbündete in Osteuropa, sondern die VR China, Nordkorea und später Nordvietnam. Damals sollte der Kommunismus nicht nur ideologisch, sondern militärisch in einem weltumspannenden System von Militärpaketen eingekreist werden, um seine Weiterverbreitung zu verhindern. Nach den Vorstellungen der USA würden ansonsten die unmittelbar in der Nachbarschaft zu kommunistischen Ländern befindlichen Staaten wie Dominosteine "fallen", wenn nicht die amerikanische Außen- und Militärpolitik dies zu verhindern sucht.

Zum Höhepunkt des "Kalten Krieges", der allerdings Anfang der 50er Jahre in Vietnam und Korea "heiß" ausgetragen worden war,



wurde in einer geheimen Erklärung des nationalen Sicherheitsrates der USA Anfang 1952 betreffend "Zielsetzung und Maßnahmen der Vereinigten Staaten in bezug auf Südostasien" folgendes Ziel genannt:

"Die Länder Südostasiens davor zu bewahren, in den kommunistischen Machtbereich zu geraten, ihnen zu helfen, den Willen und die Fähigkeit zum inneren und äußeren Widerstand gegen den Kommunismus

zu entwickeln und zur Stärkung der freien Welt beizutragen."<sup>1</sup>

Nationale Unabhängigkeitsbewegungen mußten in den einzelnen Ländern daran gehindert werden, die Macht zu übernehmen, solange sie in irgendeiner Weise kommunistisch orientiert waren.

## Strategien der Konterrevolution - Anti-Kommunismus nach innen

Konterrevolutionäre (counter insurgency) Vorgehensweisen und Maßnahmen wurden angefangen im ersten Vietnamkrieg, aber vor allem in vollkommener Perfektion auf der malaiischen Halbinsel gegen die Kommunistische Partei Malayas - KPM - von den britischen Kolonialherren entwickelt. Sie wurden für alle zukünftigen Strategien der Revolutionsbekämpfung in Ländern der 3. Welt beispielhaft. In einem zwölf Jahre andauernden, kostspieligen und brutalen Dschungelkrieg flankiert mit sozialen Maßnahmen, um die "Herzen und Seelen der Bevölkerung" zu gewinnen, gelang es den Briten, die Kommunisten weitestgehend zurückzudrängen. Ein perfekt organisierter Geheimdienst unter Einbeziehung von Einheimischen und kommunistischen Überläufern, die Umsiedlung von 500.000 Menschen (das waren ca. 10% der damaligen Gesamtbevölkerung) in Wehrdörfer und die Entwicklung neuer militärischer Taktiken zur Guerillabekämpfung allein führten jedoch nicht zum Erfolg. Schwerwiegende Fehler der KPM in ihrer Bündnispolitik und der Behandlung anderer Ethnien hatten

wesentlich dazu beigetragen, daß sich die KPM von vielen Bevölkerungsteilen isolierte, was von den Briten erfolgreich ausgenutzt werden konnte<sup>2</sup>.

Malaya (ohne Singapur) konnte 1957 von den Briten in die Unabhängigkeit "entlassen" werden, nachdem eine kommunistische Bedrohung im Land selbst gebannt schien. Allerdings blieb der militärische und geheimdienstliche Apparat mit der entsprechenden gesetzlichen Absicherung zur Wahrung der inneren Sicherheit von den Briten zurück und dient bis heute ausschließlich zur Bekämpfung der subversiven Kommunisten und allen, die von der Regierung als solche angesehen werden. Noch heute ist die kommunistische Bedrohung Hauptargument für die Beibehaltung dieser weitreichenden, repressiven Sicherheitsgesetze.

### Der Fall Indonesien

Indonesiens Unabhängigkeitsbewegung während und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde kaum von kommunistischen Kräften, geschweige denn von der PKI beein-

flußt. Die USA hatten ein Interesse daran, mehr Einfluß auf dieses rohstoffreiche Land zu bekommen und die niederländische Kolonialherrschaft zu brechen. Nationalistische Kräfte um Sukarno und Hatta, die bereits unter den Japanern gewisse Freiräume erhalten hatten, wurden indirekt in ihrem Kampf gegen die Niederländer unterstützt. 1949 wurde schließlich die Republik Indonesien gegründet, die aber weiterhin wichtige Interessen der niederländischen Wirtschaft sicherte und anderen ausländischen Unternehmen Investitionen ermöglichte.

In der jungen Republik konnte sich ebenfalls rapide die PKI entwickeln und zu einem entscheidenden politischen Faktor im Land werden. Ende der 50er Jahre hatte sie ca. 1,5 Mio. Mitglieder, kontrollierte Gewerkschaften sowie Massenorganisationen der Bauern und der Jugend und bildete im Parlament die drittstärkste Fraktion. Sie unterstützte die sich entwickelnde radikale nationalistische Außenpolitik Sukarnos gegen die USA und die ehemaligen Kolonialmächte.

Die Briten sahen durch die Entwicklung in Indonesien ihre Kolonien und Protektorate auf dem nördlichen Teil Borneos (Sarawak, Brunei und Nord-Borneo) bedroht. Der Plan des Zusammenschlusses dieser Gebiete mit einem relativ stabilen, antikommunistischen Malaya wurde geboren und erhielt den Namen Malaysia. Sarawak, Brunei, Nord Borneo (später Sabah) sowie Singapur sollten nur im Zusammenschluß einer Föderation Malaysia in die Unabhängigkeit entlassen werden. Malaysia sollte zum Bollwerk gegen Indonesien werden. Hinzu kam, daß in Sarawak, Brunei und Sabah zum größten Teil ursprünglich ansässige Völker lebten, während auf der malaiischen Halbinsel mit der britischen Kolonialisierung die Mehrheit der Bevölkerung chinesischer und indischer Abstammung war. Bei einem Zusammenschluß von lediglich Singapur und Malaya zu einem Staat wären Rassenprobleme zwischen den ethnischen Gruppen, insbesondere den Malayen und den Chinesen, unausweichlich und gerade letztere waren die Volksgruppe, unter denen die KPM die meisten Anhänger fand.



Chin Peng, Generalsekretär der KP Malayas bei Friedensverhandlungen 1955

Anti-Kommunismus war also auch bei dieser Staatenbildung ein zentrales Motiv.

Entsprechend war die Reaktion Indonesiens unter Sukarno auf diese neue Staatenbildung. Mit der Unterstützung der PKI kündigte Indonesien eine Konfrontationspolitik

Nationale Unabhängigkeitsbewegungen mußten in den einzelnen Ländern daran gehindert werden, die Macht zu übernehmen, solange sie in irgendeiner Weise kommunistisch orientiert waren.

gegen Malaysia an, und es kam zu kleineren militärischen Auseinandersetzungen an der gemeinsamen Grenze auf Borneo.

Mit zunehmendem Einfluß der PKI, die Anfang der 60er Jahre ca. 3,5 Mio. Mitglieder hatte, auf die nationalistische Politik Sukarnos wuchsen auch die anti-kommunistischen Tendenzen in der indonesischen Armee, deren Führung zum Teil in den USA ausgebildet war. Enteignungsmaßnahmen ausländischer Unternehmen und verstärkte Abgrenzung vom westlichen Lager Anfang der 60er Jahre sowie wirtschaftliche Probleme polarisierten die innenpolitischen Verhältnisse zunehmend. Hinzu kam eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit Indonesiens mit der Sowjetunion sowie eine sich anbahnende engere Kooperation der PKI mit der KPCh. Die Polarisierung mündete schließlich in einen Putschversuch linker Offiziere und einen Gegenputsch unter Suharto, in dessen Folge 500 000 bis 1 Mio. Menschen ermordet wurden, vorwiegend Mitglieder und Anhänger der PKI. Hunderttausende landeten in Gefängnissen und Konzentrationslagern (siehe Darstellung im Indonesien-Abschnitt). Damit war auch in Indonesien das "Kommunistenproblem" auf die radikalste Weise "gelöst". Suharto, damals noch stellvertretender Oberkommandierender der Armee, löste 1967 schließlich Sukarno als Präsident ab und garantierte bis heute ein anti-kommunistisches und für den Westen offenes Indonesien.

#### Thailand und die Philippinen

Die Nachkriegssituation in Thailand und den Philippinen unterschied sich von der in Indochina, Malaya und Indonesien. Thailand war nie eine Kolonie und hatte damit auch keinen nationalen Unabhängigkeitskampf zu führen. Die Kommunisten spielten innenpolitisch keine wesentliche Rolle. Allerdings gab es bereits 1933 ein Anti-Kommunisten Gesetz, dessen geänderte Fassung noch heute gilt (siehe Text im Thailand-Abschnitt). Erst die repressive Militärdiktatur unter Thanom und Prapas in den 60er Jahren, verbunden mit der zunehmenden Anlehnung Thailands an die USA im Vietnam-Krieg, schaffte die innenpolitische Polarisierung, in der die Kommunistische Partei

Thailands - KPT - an Bedeutung, besonders auf dem Land, gewann. Ihre Politik sowie die Bekämpfung von seiten der thailändischen Regierung seit Ende der 70er Jahre haben sehr viel Ähnlichkeiten mit der KPM und der Vorgehensweise der Briten in Malaya in den 50er Jahren (siehe Thailand-Abschnitt).

Der Erfolg der thailändischen Regierung bei ihren Bemühungen, die KPT militärisch zurückzudrängen und politisch zu isolieren, veranlaßt heute die philippinische Regierung, sich die thailändische Vorgehensweise als Vorbild zu nehmen. Der philippinische Verteidigungsminister Ileta war lange Zeit Botschafter in Bangkok und unterhielt intensive Beziehungen zu dem thailändischen General Chaovalit, dem Kopf der thailändischen konterrevolutionären Strategie (siehe Thailand-Abschnitt) und heutigem Oberkommandierenden der Armee.

Die Philippinen erlebten 1946 einen relativ reibungslosen und schnellen Übergang in die Unabhängigkeit. Die Kolonialherren USA unterstützten dabei besonders die traditionelle Elite des Landes, die weiterhin eine enge Bindung an die USA garantierte. Die kommunistischen und sozialistischen Kräfte innerhalb der HUKs hatten wenig Einfluß auf diesen Prozeß. Versuchen der HUK, radikale soziale Veränderungen herbeizuführen, wurde 1948 mit ihrem Verbot begegnet. Die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes gegen die Regierung endete mit der endgültigen Zerschlagung der HUKs. Damit verloren auch die Kommunisten an politischem Einfluß. Erst in der 2. Hälfte der 60er Jahre erlebten die Philippinen, vor allem unter den jungen Intellektuellen an den Universitäten und Hochschulen, eine Wiedergeburt kommunistischer und sozialistischer Ideen. Aus einer marxistischen Studenten- und Jugendbewegung heraus entstand 1968 der Kern der neuen, "maoistischen" Kommunistischen Partei der Philippinen - CPP -. Zunehmende Unruhen Anfang der 70er Jahre und der Beginn eines Guerilla-Krieges der von der CPP 1969 gegründeten Neuen Volksarmee - NPA - lieferten Präsident Marcos den Vorwand, 1972 das Kriegsrecht auszurufen, um somit seine Machtposition gegenüber jeglicher Opposition ausbauen zu können. Aber gerade in der Zeit des Kriegsrechtes bis 1981

wuchs eine neue kommunistische Bewegung in den Philippinen heran, die heute eine maßgebliche Rolle in den sozialen Kämpfen spielt.

Anti-Kommunismus spielt auch hier wieder eine entscheidende Rolle bei

allen innenpolitischen Auseinandersetzungen. Hinzu kommt, daß die Philippinen in der anti-kommunistischen Globalstrategie der USA, sprich der Block-Konfrontation zwischen USA und der Sowjetunion, eine wichtige Rolle mit den

beiden größten Luftwaffen- und Marine-Stützpunkten außerhalb der USA im Land spielten und spielen, sei es damals im Vietnamkrieg oder heute in der Begegnung der Expansion der pazifischen Flotte der Sowjetunion ins Chinesische Meer und den Indischen Ozean.

## Die Kommunisten Südostasiens - die besseren Nationalisten

Aus der knappen Darstellung wird deutlich, welche entscheidende Rolle Anti-Kommunismus in der Innen- und Außenpolitik gegenüber und in den Ländern Südostasiens gespielt hat. Was aber charakterisiert die nominellen Träger dieses Kommunismus, die kommunistischen Parteien Südostasiens?

Betrachtet man die Nachkriegssituation in Südostasien, so muß man feststellen, daß in allen Ländern sich bis dahin keine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung entwickelt hatte, die von ihren Produktionsverhältnissen in etwa denen der Länder West-Europas am Ende des 19. Jahrhunderts ähnelte. Die Anzahl der Arbeiter war sehr klein, und die große Mehrheit der Bevölkerung waren Bauern. Eine Partei der Arbeiterklasse würde somit immer nur einen kleinen Teil der Bevölkerung repräsentieren können.

In Rußland hatten die Bolschewiki dieses Problem der zahlenmäßig wenig entwickelten Arbeiterklasse praktisch mit der erfolgreichen Oktoberrevolution "gelöst", allerdings nicht ohne eine Reihe von theoretischen Vorüberlegungen von Lenin dazu. Insbesondere Lenins Imperialismustheorie, weitgehend von den KPs als Fortsetzung der Kritik der bürgerlichen Gesellschaft von Marx akzeptiert, lieferte die theoretische Grundlage, die nationale Frage für Kolonien und Halbkolonien der imperialistischen Mächte neu zu diskutieren.

In den 20er Jahren wurde dieses Problem ausführlich in der Kommunistischen Internationale diskutiert. Für die damals vom Imperialismus unterdrückten kolonialen und halbkolonialen Völker wurde anerkannt, daß ohne die nationale Unabhängigkeit von den imperialistischen Ländern eine Weiterentwicklung der Produktivkräfte und der Gesellschaft nicht möglich ist. Es müssen Produktionsverhältnisse geschaffen werden, die eine eigenständige Kapitalakkumulation ermöglichen, auf deren Grundlage erst mit dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft begonnen werden kann. Bei dem mit dem Kapitalismus vergleichsweise unterentwickelten Stand der Produktiv-



kräfte dieser Länder ist somit eine Zwischentappe auf dem Weg zur sozialistischen Revolution nötig, nämlich eine nationale, demokratische oder auch neu-demokratische Revolution, welche den Kampf um die nationale Unabhängigkeit und gegen feudale Strukturen in den Vordergrund stellte.

Alle KPs Südostasiens hatten als Hauptziel die nationale Unabhängigkeit und Demokratie im Auge, welche nur im Bündnis mit den Bauern, dem Kleinbürgertum und eines Teils der nationalen Bourgeoisie möglich war. Mit der Machtergreifung durch oder mit den Kommunisten soll sich ein nationales Programm durchsetzen, also Landreform und Vertreibung ausländischer imperialistischer Unternehmungen. Die Programme der KPs sind alle nach diesem Muster gestrickt, wenn auch im einzelnen den jeweiligen Bedingungen des Landes angepaßt. Die weiterreichenden politischen Ziele, nämlich die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte bis hin zur Aufhebung der (kapitalistischen) Warengesellschaft sowie die Entwicklung einer sozialistischen Demokratie, sind aber tiefergehend nirgends programmatisch formuliert. Etwa weil die Kommunisten eine Verprellung ihrer Bündnispartner befürchteten? Entscheidend für die Bündnisklassen ist ja der private Besitz an Land bzw. Produktionsmitteln, den gerade die Kommunisten abschaffen wollen.

Die KPs in Südostasien waren in der Nachkriegszeit überall dort erfolgreich, wo es ihnen gelang, als die konsequentesten Kämpfer für die nationale Unabhängigkeit von den alten Kolonialherren dazustehen, so in China, Vietnam und zeitweilig auch in Malaya und Burma. Wurde die nationale Unabhän-

gigkeit auf anderem Wege, durch andere Kräfte erreicht, blieben die KPs als politische Kraft schwach.

Auch während des 2. Vietnamkrieges stand das Ziel der nationalen Befreiung vom Imperialismus im Mittelpunkt und ermöglichte die Schmiedung einer Einheitsfront unter der Führung der Kommunisten, die schließlich erfolgreich war. In Kambodscha und Laos waren ebenfalls im Kampf für nationale Unabhängigkeit die kommunistisch orientierten Parteien die konsequentesten Nationalisten und bildeten die stärksten Kräfte. Allerdings läßt die demokratische Revolution in allen sozialistischen Ländern Südostasiens noch auf sich warten.

Selbst in Indonesien verzeichnete die PKI zeitweilig ihre größten Erfolge bei der Bevölkerung als anti-imperialistische Partei, die sämtliche nationalistischen Bestrebungen der Regierung Sukarnos konsequent unterstützte. Aktuell will die CPP auf den Philippinen im Bündnis als National-demokratische Front - NDF - Politik machen, mit dem allgemeinen Zusatz der "sozialistischen Perspektive". Die Frage der Machtergreifung mit allen taktischen Winkelzügen auf der Grundlage einer allgemeinen marxistischen Analyse steht immer wieder im Vordergrund der Überlegungen der KPs nicht nur in Südostasien, sondern auch in den meisten Ländern der 3. Welt. Die Machtergreifung oder -teilhabe sind aber nur ein Mittel zur Durchsetzung der radikalen Veränderung der sozialen und ökonomischen Bedingungen zur Gestaltung neuer Produktionsverhältnisse. Entscheidend für Kommunisten sollten aber die Veränderungen der sozialen Verhältnisse sein.

Mit der (Weiter-)Entwicklung des Kapitalismus und seiner Durchdringung aller Länder stellt sich die Frage, ob die Forderung nach politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit allein noch die programmatische Antwort der Kommunisten und Sozialisten in den Ländern Südostasiens sein kann.

## Kommunismus - eine veraltete Ideologie und Theorie?

Noch nie waren die Kommunisten in der Welt als politische Kraft in ihrem ideologischen und theoretischen Kampf so schwach, um einen pausiblen sozialistisch programmatischen Ausweg aus dem Kapitalismus aufzeigen zu können, wie heute. Und dennoch: Noch nie war andererseits gerade der Marxismus mit seinem gesellschafts-analytischen Instrumentarium derart weit gerade auch unter den Intellektuellen der 3. Welt verbreitet wie heute, waren die allgemeinen marxistischen Analysen der bürgerlichen Gesellschaft derart zutreffend.

Wenn auch die Kommunisten organisatorisch weitgehend geschwächt und die konkrete Umsetzung in dem

realen Sozialismus diskreditiert sind, findet die allgemeine Weltanschauung und wissenschaftliche Methode der Kommunisten eine immer größere Verbreitung, insbesondere in den Ländern der 3. Welt. Und entsprechend reagieren die Herrschenden in Südostasien - gerade erst wieder in Singapur (siehe Singapur Nachrichten) -, wie es für Europa im letzten Jahrhundert von Marx/Engels im kommunistischen Manifest beschrieben wurde:

"Wo ist die Oppositionspartei, die nicht von ihren regierenden Gegnern als kommunistisch verschrien worden wäre, wo die Oppositionspartei, die den fortgeschrittenen

Oppositionsleuten sowohl wie ihren reaktionären Gegnern den brandmarkenden Vorwurf des Kommunismus nicht zurückgeschleudert hätte?"

Peter Franke

### ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Neil Sheean, Die Pentagon-Papiere. Die geheime Geschichte des Vietnam Krieges (deutsche Übersetzung), München/Zürich 1971, S.27.
- <sup>2</sup> vgl. J. Horlemann, Modelle der kolonialen Konterrevolution, Beschreibung und Dokumente, Frankfurt 1968.

## Kommentar:

# Hat Brunei Nicaragua den Krieg erklärt?

Das ASEAN-Mitglied Brunei ist mit großen Summen an der Finanzierung des Krieges gegen Nicaragua beteiligt. Dies ist - sozusagen als Nebenprodukt - vor dem Untersuchungsausschuß des US-Senats über die Iran-Waffenhandelsaffäre ans Licht gekommen. Durch einen kuriosen Übermittlungsfehler im weltumfassenden elektronischen Überweisungssystem "Swift" läßt sich nun mindestens eine 10-Millionen-Dollar-Spende des Sultans für die nicaraguanischen Contras nachweisen. Diese Summe landete nämlich nicht auf dem vorgesehenen Geheimkonto des amerikanischen Geheimdienstes CIA bei der Schweizerischen Kreditanstalt in Genf (die übrigens auch einen großen Teil der zusammengeräuberten Marcos-Millionen verwaltet), sondern auf dem Konto eines Genfer Schiffskaufmanns. Der freute sich über den "kleinen Fehler" der Bank, sagte nichts, sondern legte das Geld schnell bei einer anderen Bank zinsträchtigt an. Neun Monate merkte niemand etwas - bis vor dem Senatsausschuß das Stichwort von der "Sultan-Spende" fiel und keiner wußte, wo das Geld geblieben war. Diplomatische Nachforschungen führten schließlich zu einer "Sicherstellung" des Geldes in der Schweiz und deckten auf, daß der für Lateinamerika zuständige Staatssekretär im Washingtoner Außenministerium Abrams den Senat bis dahin bewußt "irreführt" hatte, wie er am 3. Juni offen ein-

gestand. Er habe bisher nicht die Erlaubnis von Außenminister Shultz gehabt, "die Sache" offenzulegen.

"Die Sache" wirft ein kurzes Schlaglicht auf eine der dunkelsten Seiten der internationalen Politik: offensichtlich hat die US-Regierung ein internationales Netzwerk zur Finanzierung antikommunistischer terroristischer Banden aufgebaut, das immer dann zum Zug kommt, wenn sie selbst aus administrativen Gründen (Senatskontrolle ...) nicht genug Mittel frei machen kann.

So wurde - nach Abrams jetzigem Geständnis - die Einbeziehung Bruneis in die Finanzierung der Contras am 16. Mai 1986 vom Nationalen Sicherheitsrat der USA in Gegenwart von Präsident Reagan und Vizepräsident Bush beschlossen (FAZ v. 4.6.1987).

Abrams führte die Verhandlungen mit Brunei und organisierte als "flankierende Maßnahme" den ersten Besuch eines amerikanischen Flugzeugträgers vor der Küste Bruneis.

Verwickelt in die Affäre ist anscheinend auch der pensionierte Generalmajor Singlaub. Er organisierte in Zusammenarbeit mit Abrams bisher die US-Anleitung der nicaraguanischen Contras. Gegenwärtig bereist er jedoch die Philippinen, um dort den Aufbau antikommunistischer "Milizen" zu unterstützen - und es halten sich

hartnäckige Gerüchte, daß seine Reiseroute auch über Brunei geführt hat.

Angesichts solcher Zusammenhänge gibt es eigentlich wenig Gründe zu glauben, daß die 10-Millionen-Spende des Sultans eine einmalige Angelegenheit war.

Hinzu kommt, daß den USA im Kontext der philippinischen Entwicklung offensichtlich daran gelegen ist, Brunei aktiver in die "Sicherheitspolitik" in Südostasien einzubeziehen. Neben dem Flugzeugträger-Besuch paßt dazu auch die Nachricht, daß Brunei im Mai seinen Beitrittswunsch zur sogenannten "Fünf-Mächte-Verteidigungs-Vereinbarung", einem Militärabkommen von Großbritannien, Australien, Neuseeland, Malaysia und Singapur aus dem Jahr 1971 erklärt hat.

Die Brunei-Affäre zeigt ganz deutlich, daß die "Sicherheitspolitik" im pazifischen Raum in doppelter Hinsicht in Bewegung gerät: an der Oberfläche staatlicher Vereinbarungen und im Untergrund, auf dem Feld der Formierung einer "Internationale" antikommunistische Terrorpolitik zwischen Asien und Zentralamerika.

Der Sultan wird wohl nicht das einzige Regierungsmitglied innerhalb ASEANs sein, das in diesen Prozeß verwickelt ist.

Frithjof Schmidt